

Land- und Forstwirtschaft stärken – Verantwortung übernehmen für Ernährung und Zukunft

Gemeinsames Forderungspapier zur Landtagswahl 2026

Die Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg ist leistungsfähig, verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert. Tag für Tag sichern unsere Betriebe die Ernährung der Bevölkerung, erhalten und pflegen unsere vielfältigen Kulturlandschaften und stärken den ländlichen Raum. In Zeiten geopolitischer Umbrüche, des Klimawandels und steigender gesellschaftlicher Erwartungen zeigt sich: Unsere bäuerlichen Familienbetriebe und forstwirtschaftlichen Unternehmer sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen aktiv mitzugestalten. Dafür brauchen sie politischen Rückhalt, verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die diesen Weg engagiert begleitet.

Mit Blick auf die Landtagswahl 2026 richten der Landesbauernverband in Baden-Württemberg und der Verband Familienbetriebe Land und Forst dieses gemeinsame Forderungspapier an die zur Wahl antretenden Parteien. Unser Ziel ist eine verlässliche Agrar- und Forstpolitik, die ermöglicht statt verhindert, die Vertrauen in die Praxis setzt und die unternehmerische Eigenverantwortung der Betriebe stärkt.

Ernährungssicherung als zentrale Zukunftsaufgabe

Die Sicherung der Ernährung ist eine grundlegende staatliche Aufgabe. Spätestens die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und zunehmende klimatische Extremereignisse haben gezeigt, wie verletzlich globale Lieferketten sind. Jeder Hektar land- und forstwirtschaftlich genutzter Fläche zählt.

Wir fordern, die eigenständige Grundversorgung mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen konsequent zu sichern und weiter zu stärken. Dazu gehört, dass landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben und nicht durch zusätzliche Auflagen oder Flächenstilllegungen weiter eingeschränkt werden.

Unternehmertum stärken – Vertrauen in Fachwissen und Praxis

Land- und Forstwirte sind qualifizierte Unternehmer. Sie tragen Verantwortung für ihre Betriebe, ihre Familien, ihre Mitarbeitenden und für langfristige Investitionen. Diese unternehmerische Leistung braucht Freiräume, Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.

Wir fordern einen konsequenten Abbau von Bürokratie und praxisfernen Vorgaben. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt, Dokumentationspflichten reduziert und betriebliche Entscheidungen wieder stärker am fachlichen Sachverstand der Praktiker ausgerichtet werden.

Im Waldumbau braucht es insbesondere eine uneingeschränkte Baumartenwahl, um Wälder klimaresilient und zukunftsfähig zu gestalten. Unternehmerisches Handeln darf nicht durch Verbote oder übermäßige Reglementierung ausgebremst werden.

Eigentum in Eigenverantwortung sichern

Eigentum verpflichtet – diesem Grundsatz fühlen sich Land- und Forstwirte in besonderer Weise verbunden. Durch unternehmerische Bewirtschaftung wird der Familienbesitz erhalten mit dem Ziel ihn an kommende Generationen weiterzugeben.

Eingriffe von außen in das Eigentum untergraben diese Verantwortung und gefährden die wirtschaftliche Grundlage der Betriebe. Wir fordern daher, die Eigenverantwortung der Eigentümer konsequent zu stärken und freie Entscheidungen über die Nutzung des Eigentums zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist ein deutlich größeres Vertrauen in die gute fachliche Praxis sowie in das Know-how der Praktiker vor Ort.

Steuerpolitik für resiliente Betriebe

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind keine Spekulationsobjekte, sondern die unverzichtbare Produktionsgrundlage der Betriebe. Wir fordern, dass die Grundsteuerbewertung die besonderen Rahmenbedingungen der Land- und Forstwirtschaft besser abbildet. Ziel der Steuerpolitik muss sein, die heimische Land- und Forstwirtschaft wirtschaftlich zu stärken. Dazu zählt auch die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage, damit Betriebe Ertragsschwankungen eigenständig ausgleichen können.

Natur- und Pflanzenschutz mit Augenmaß

Land- und Forstwirte gestalten Natur- und Artenschutz seit Generationen aktiv mit. Wir fordern einen klaren Vorrang des Vertragsnaturschutzes vor pauschalen Auflagen. Zusätzliche Agrarumweltmaßnahmen müssen freiwillig sein, wirtschaftlich rentabel ausgestaltet werden und sich an der betrieblichen Realität orientieren.

Pflanzenschutzmaßnahmen werden bereits heute verantwortungsvoll, zielgerichtet und kostenbewusst eingesetzt. Weitere pauschale Einschränkungen lehnen wir ab. Insbesondere die geplanten Regelungen der EU-Naturwiederherstellungsverordnung würden die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung in unverhältnismäßiger Weise einschränken.

Verantwortung übernehmen, Zukunft sichern

Eine starke Land- und Forstwirtschaft ist Voraussetzung für Ernährungssicherung, Klimaschutz, Wertschöpfung im ländlichen Raum und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Baden-Württemberg braucht eine Agrar- und Forstpolitik, die auf Vertrauen, Verantwortung und Partnerschaft setzt.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung klare politische Weichenstellungen zugunsten unserer familiengeführten Betriebe, damit sie auch in Zukunft das leisten können, was sie seit Generationen tun: Menschen ernähren, Natur bewahren und Verantwortung für kommende Generationen übernehmen.